

[← zurück](#)

AKW-Laufzeiten

Die SPD droht mit Karlsruhe

VON JOACHIM WILLE UND HOLGER SCHMALE

Die SPD erwägt, das Bundesverfassungsgericht einzuschalten, falls Schwarz-Gelb den Bundesrat nicht an der Entscheidung zur Verlängerung der AKW-Laufzeiten beteiligt. "Notfalls muss eine verfassungsrechtliche Prüfung erfolgen", sagte der Vize-Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, der FR. Dies könnte zum Beispiel über SPD-geführte Bundesländer wie Rheinland-Pfalz oder Bremen geschehen.



Biblis (Bild: dpa)





Die auch koalitionsintern heftig umstrittene Frage, ob ein neues Atomgesetz im Bundesrat zustimmungspflichtig ist, will das Kanzleramt mit dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium in den nächsten zwei Wochen klären. Auf dieser Grundlage soll vor der Bundesratssitzung am 4. Juni mit den Ländern über deren Rechtsauffassung gesprochen werden. Dann solle die "abschließende Position" verkündet werden, hatte es nach einer Sitzung des Koalitionsausschusses am Dienstagabend geheißt.

Bundesratspräsident Jens Böhrens (SPD) geht davon aus, dass der Bundesrat zu beteiligen ist. "Es ist schon seltsam, dass viele von denjenigen, die 2002 vehement die Beteiligung des Bundesrates und der Länder am Atomausstieg gefordert haben, heute das Gegenteil fordern." Er sehe das ähnlich wie Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), sagte der Bremer Bürgermeister der FR. Böhrens forderte, es müsse beim Atomausstieg bleiben.

Die Opposition im Bundestag attackierte Schwarz-Gelb und die drei unionsgeführten Länder Hessen, Baden-Württemberg und Bayern hart. Die SPD kritisierte, die "Hardliner" im Süden wollten "selbst die ältesten Schrottmeiler noch Jahrzehnte am Netz lassen - in der Gefolgschaft der Atomkonzerne, gegen den Willen der Mehrheit und am Bundesrat vorbei". Die Bundesregierung agiere planlos. Kanzleramtsminister Ronald Pofalla wolle den Bundesrat übergehen, der zuständige Minister Röttgen sei isoliert.

Mehr zum Thema

 Fotostrecke: **Die Gorleben-Story**

 Fotostrecke: **Tausende Demonstranten vor AKW Biblis**

 Fotostrecke: **"Hessen ohne Biblis"**

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast sagte der FR: "Die Verlängerung der Laufzeiten darf nicht über die Hintertür passieren." Sie warnte besonders den baden-württembergischen Regierungschef Stefan Mappus (CDU) davor, sich vom sehr atomabhängigen Stromkonzern EnBW am "Gängelband" führen zu lassen. Mappus hatte am Montag Röttgens Rücktritt gefordert.

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

Gefällt mir

226 Personen gefällt das.

[document info]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 19.05.2010 um 17:04:19 Uhr

Letzte Änderung am 19.05.2010 um 17:49:07 Uhr

Erscheinungsdatum 20.05.2010 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2663638&em_loc=1231